Band 55

Der Teilwert bei uneinbringlichen und zweifelhaften Geldforderungen im Bilanzsteuerrecht

Von

Stephan Bellin



Duncker & Humblot · Berlin

STEPHAN BELLIN

Der Teilwert bei uneinbringlichen und zweifelhaften Geldforderungen im Bilanzsteuerrecht

Schriften zum Steuerrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Joachim Lang und Prof. Dr. Jens Peter Meincke

Band 55

Der Teilwert bei uneinbringlichen und zweifelhaften Geldforderungen im Bilanzsteuerrecht

Von

Stephan Bellin



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Bellin, Stephan:

Der Teilwert bei uneinbringlichen und zweifelhaften Geldforderungen im Bilanzsteuerrecht / von Stephan Bellin. – Berlin: Duncker und Humblot, 1997

(Schriften zum Steuerrecht; Bd. 55) Zugl.: Köln, Univ., Diss., 1994 ISBN 3-428-08721-6

Alle Rechte vorbehalten
© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0582-0235 ISBN 3-428-08721-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier entsprechend ISO 9706 ⊖

Vorwort

Die vorliegende Arbeit lag im Wintersemester 1994 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation vor. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt.

Das Thema gab mir Gelegenheit, grundlegende Fragen des bilanzsteuerlichen Bewertungsrechts mit aktuellen Praxisbezügen zu verbinden. Die methodische Aufarbeitung der Fragestellung bestimmt die Konzeption der Arbeit. Vor diesem Hintergrund soll auch dem Anwender in der Praxis Hilfestellung in Zweifelsfragen gegeben werden.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Meincke, möchte ich für die Anregung zu dem Thema ebenso danken wie für die stets fruchtbare und freundliche Unterstützung bei der Ausarbeitung.

Herrn Prof. Dr. Lang danke ich für die Übernahme der Koreferenz. Beiden Herausgebern gebührt mein Dank für die Aufnahme in die vorliegende Schriftenreihe. Schließlich möchte ich meiner Verbundenheit meinen Eltern sowie allen gegenüber Ausdruck verleihen, die zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben.

Köln, im März 1996

Stephan Bellin

Einleitung	19
Kapitel 1	
Ansatz und regelmäßiger Wert von Forderungen	27
A. Synallagmatische Forderungen aus gegenseitigen Schuldverhältnissen	27
I. Realisation des Vermögensvorteils	27
II. Zeitpunkt der Realisation des Vermögensvorteils	29
1. Übergang der Sachleistungsgefahr	29
2. Wirtschaftliche Erfüllung	32
3. Zivilrechtliche Erfüllung	33
4. Aspekte der Risikoeingrenzung	34
B. Andere Forderungen	36
C. Bewertung mit dem Nennwert	38
I. Spezialgesetzliche Regelungen	38
II. Allgemeine Bewertungsregeln des Bilanzsteuerrechts	38
1. Anschaffungskosten	39
2. Herstellungskosten	40
3. Nennwertansatz	41
4. Nennwert und Anschaffungskosten	42
D. Ermittlung des Nennwertes	44
I. Grundsatz	44

II. Disagio und Agio	44
III. Kapitalisierter Zins	46
IV. Fremdwährungsforderungen	47
E. Forderungen ohne Nennwert	47
F. Grundfall des Ansatzes und der Bewertung synallagmatischer Forderungen im Jahresabschluß	48
Kapitel 2	
Systematik des Teilwerts bei uneinbringlichen und zweifelhaften Forderungen	49
A. Teilwertdefinition	50
I. Gesetzliche Regelung	50
II. Steuerliches Wahlrecht	50
1. Handelsrechtliches Niederstwertprinzip	50
2. Umgekehrte Maßgeblichkeit	53
B. Ursprünge des Teilwerts	54
C. Versuche der abstrakten Teilwertbestimmung	54
I. Klassische Teilwertlehre	55
II. Neuere Teilwertlehren	58
1. Teilwertbestimmung nach Luhmer	58
2. Praktikabilität des Teilwertmodells nach Luhmer	59
3. Teilwertbestimmung nach Gümbel und Wilhelm	60
4. Praktikabilität des Teilwertmodells nach Gümbel und Wilhelm	62
5. Ergebnis zu den neueren Teilwertlehren	63
D. Teilwertausgangsvermutungen	64
I. Allgemeine Regelvermutungen	65

	Inhaltsverzeichnis	9
II.	Regelvermutungen bei Forderungen	6′
	1. Forderungen des Anlagevermögens	6
	2. Forderungen des Umlaufvermögens	68
E. Teil	wertwiderlegungsgründe	68
I.	Einzelwertberichtigung und Pauschalwertberichtigung	69
II.	Widerlegung der Regelvermutung bei Forderungen nach der jüngeren Rechtsprechung	70
	1. Urteil des BFH vom 30.11.1988	70
	2. Urteil des BFH vom 24.01.1990	7
	3. Schuldnerbonität als Teilwertwiderlegungsgrund in der neueren BFH-Rechtsprechung	72
III.	Widerlegung der Regelvermutung bei Forderungen nach der älteren Rechtsprechung und herrschenden Literaturauffassung	73
IV.	Entwicklungen des Teilwerts bei unter- oder unverzinslichen Forderungen	74
V.	Allgemeine Teilwertwiderlegungsgründe	73
	1. Objektiver Wertmaßstab der Erwerberperspektive	78
	2. Schätzung des Teilwerts	79
	3. Kritik am herrschenden Teilwertkonzept	80
	a) Gesamtwert des Unternehmens und Bilanzierungsgrundsätze	80
	b) Wortlaut des § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 3 EStG	82
	c) Ziel der Teilwertbewertung	83
	4. Gesunkene Wiederbeschaffungskosten	80
	5. Wiederbeschaffungskosten von Forderungen	89
	6. Vorliegen einer Fehlmaßnahme	9
	a) Kostensteigerung in der Investitionsphase	93
	b) Kalkuliertes Risiko	93
	c) Umfang der Darlegungslast	9:
	7. Kategorie der Fehlmaßnahmen bei Forderungen	9:
	a) Sollzustand	9′
	b) Istzustand	9'

	c) Anwendungsbereich der Fallgruppe	98
	aa) Spektrum möglicher Fehlmaßnahmen bei Forderungen	98
	bb) Voraussetzungen der bewußten Fehlmaßnahme	99
	d) Interdependenz der Bewertungsfaktoren	99
	e) Teilwertausschluß durch Risikoprämie	101
	f) Kalkulation über einen Durchschnitt von Geschäften	104
	g) Nicht rechtsgeschäftlich begründete Forderungen	108
	8. Unrentierlichkeit des Gesamtunternehmens	108
	9. Unternehmensrendite und Forderungsbewertung	110
	a) Unternehmenstypischer Wert von Forderungen	110
	b) Besonderheit bei der Liquidation	111
	10. Gesunkene Preise am Absatzmarkt	113
	a) Abgrenzung zur Fallgruppe der Fehlmaßnahme	113
	b) Teilwert bei erwartetem Preisverfall	114
	c) Schlußfolgerung	115
	11. Gesunkene Absatzmarktpreise und Forderungsbewertung	116
VI.	Spezielle Teilwertgründe für die Bewertung zweifelhafter und uneinbringlicher Forderung	118
	Ergebnisse aus der Anwendung der allgemein anerkannten Teilwert- widerlegungsgründe	118
	2. Notwendigkeit spezieller Teilwertgründe	119
	a) Standard der Schuldnerbonität	120
	b) Vergleich mit der Fallgruppe der Fehlmaßnahmen	120
	aa) Unveränderte, nicht erstrangige Schuldnerbonität	122
	bb) Teilwertwiderlegung außerhalb der Fallgruppe der Fehlmaßnahmen	124
	cc) Vorhergesehene Bonitätsverschlechterung	124
	c) Fazit	125
VII.	Marktwertbetrachtung	126
	1. Renditeerwartung des Unternehmenswerbers	126
	2. Marktwert als Objektivierungsansatz	127

Inhaltsverzeichnis	11
3. Differenz zwischen Marktwert und Teilwert	129
4. Genauigkeit der Wiederbeschaffungskosten	130
5. Rendite von Forderungen	132
a) Entscheidung des BFH vom 24.01.1990	132
b) Grundsatz der Einzelbewertung	134
c) Rendite anderer Wirtschaftsgüter	137
d) Gründe der Marktzinsänderung	138
e) Fazit zum Marktzinsvergleich	139
f) Teilwert und Drohverlustrückstellung	139
6. Voraussetzungen und Auswirkungen des Grads der Vergleichbarkeit	142
7. Teilwert und Barwert	143
VIII. Zusammenfassung der Teilwertsystematik bei der Einzelbewertung uneinbringlicher und zweifelhafter Forderungen	144
1. Wiederbeschaffungskosten	144
2. Fehlmaßnahmen	146
3. Abweichung von einer Standardbonität	147
4. Unrentierlichkeit des Gesamtunternehmens	147
5. Absatzmarktpreise	148
F. Kompensation der Wertminderung	148
I. Faktorbezogene Betrachtung der herrschenden Meinung	148
1. Arbeitnehmerdarlehen und Finanzierungsverbund	148
2. Sicherheiten	150
3. Kreditrisikoversicherung	151
4. Fortsetzung der Geschäftsbeziehung	153
5. Allgemeingültiges Kriterium	154
II. Marktwert	155
1. Vollständige Marktidentität	155
2. Partielle Marktidentität	156
III Fehlmaßnahmen	156

IV.	Bewertungseinheiten	158
	1. Anforderungen an den wertausgleichenden Vorteil	159
	2. Zusammenfassung mehrerer sonst selbständiger Bewertungsgegenstände	164
	3. Kreditrisikoversicherung	168
	4. Fortsetzung der Geschäftsbeziehung	170
V.	Zusammenfassung	172
G. Teil	wertindikatoren	173
I.	Widerlegung der Teilwertausgangsvermutung	173
II.	Uneinbringlichkeit von Forderungen	177
III.	Zweifelhaftigkeit von Forderungen	178
	1. Schleppender Zahlungseingang	179
	2. Moratorium	181
	3. Mahnung	182
	4. Zwangsbeitreibung	182
	5. Betriebswirtschaftliche Insolvenzanlayse	183
	6. Beurteilung Dritter	186
IV.	Unzweifelhafte Forderungen	187
	Kapitel 3	
	Bestimmung des Teilwerts uneinbringlicher und zweifelhafter Forderungen der Höhe nach	192
A. Ges	etzliche Regelung	192
B. Sch	ätzung	193
C. Mar	ktwert	195
I.	Teilwertgrenzen als Schätzungsrahmen	195
	1 Marktwert und Teilwert	194

Inhaltsverzeichnis	13
2. Wiederbeschaffungsmarkt und Absatzmarkt	197
II. Hinzurechnungsbetrag	198
III. Ausbuchung uneinbringlicher Forderungen	199
1. Regelung des § 40 Abs. 3 HGB a.F	199
2. Bilanzrichtlinien-Gesetz	201
3. Ausbuchungszwang und Teilwertsystematik	204
IV. Marktbetrachtungen bei nicht marktgängigen Forderungen	206
D. Fehlmaßnahmen	207
I. Uneinbringliche Forderungen	208
II. Zweifelhafte Forderungen	209
E. Berücksichtigungsfähige Positionen	213
I. Zinsverlust bis zum Abschlußstichtag	215
II. Abzinsungsfaktor	216
Kapitel 4	
Pauschalwertberichtigung	219
A. Grundlagen der Pauschalwertberichtigung	219
B. Pauschalwertberichtigung und Teilwert	223
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wertberichtigungsverfahren	223
1. Zielsetzung und Methode	223
2. Pauschalwertberichtigung und Teilwertwiderlegungsgründe	224
II. Konkurrenz der Wertberichtigungsverfahren	226
C. Voraussetzungen der Pauschalwertberichtigung	229
I. Berücksichtigungsfähige Risiken	230
II. Gruppenbildung	234

D. Höhe der Pauschalwertberichtigung	230
I. Betriebliche Erfahrungswerte	23
II. Weitere Aspekte	239
III. Auswirkungen der Voraussicht auf die Pauschalwertbericht	igung 240
E. Sammelwertberichtigung	24
I. Rechtsgrundlage der Sammelwertberichtigung	24
II. Kritik an der Sammelwertberichtigung	24
III. Bankbilanzrichtlinie	252
IV. Pauschalwertberichtigung im Jahresabschluß der Kreditinst fassung des BMF	
Schlußbetrachtung und Ausblick	25
Thesen	263
Rechtsprechungsübersicht	26
Literaturverzeichnis	27
Stichwortverzeichnis	28:

Abkürzungsverzeichnis

a.A. anderer Auffassung

a.E. am Ende a.F. alte Fassung

a.a.O. am angegebenen Orte

ABl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

Abs. Absatz
Abschn. Abschnitt

AfA Absetzung für Abnutzung

AG Die Aktiengesellschaft; Aktiengesellschaft AHGB Allgemeines (Deutsches) Handelsgesetzbuch

AktG Aktiengesetz
Anm. Anmerkung
AO Abgabenordnung

Art. Artikel

BAK Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen

BB Betriebsberater

BBK Buchführung Bilanz Kostenrechnung

Bd. Band

BdW Baden-Württemberg

Beil. Beilage
Bem. Bemerkung
Besch. Bescheid
Beschl. Beschluß

BewG Bewertungsgesetz

BFA Bankenfachausschuß des IDW

BFH Bundesfinanzhof

BFH/NV Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH

BGB Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl Bundesgesetzblatt
BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Amtliche Entscheidungssammlung des BGH in Zivilsachen

BMF Bundesministerium der Finanzen

bspw. beispielsweise
BStBl Bundessteuerblatt
BT Deutscher Bundestag

BT-Drucks. Drucksache des Deutschen Bundestags

BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Amtliche Entscheidungssammlung des BVerfG

bzgl. bezüglich

bzw. beziehungsweise

d.h. daß heißt
DB Der Betrieb
ders. derselbe

DM Deutsche Mark

DStR Deutsches Steuerrecht
DStZ Deutsche Steuer-Zeitung

DStZ/A Deutsche Steuer-Zeitung Ausgabe A

DTB Deutsche Terminbörse

ebda. ebenda

EFG Entscheidungen der Finanzgerichte

EG Europäische Gemeinschaft EStG Einkommensteuergesetz EStR Einkommensteuerrichtlinien

f. folgende
ff. fortfolgende
FG Finanzgericht
FinMin. Finanzministerium

FLF Finanzierung Leasing Factoring

FN Fußnote

FR Finanzrundschau ggf. gegebenenfalls

GoB Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

GrS Großer Senat HB Handelsblatt

HdJ Handbuch des Jahresabschlusses in Einzeldarstellungen

HFA Hauptfachausschuß des IDW

HFR Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung

HGB Handelsgesetzbuch Hrsg. Herausgeber

HypoBankG Hypothekenbankgesetz

i.d.R. in der Regel i.S.v. im Sinne von i.V.m. in Verbindung mit

IDW Institut der Wirtschaftsprüfer IDW-FN IDW-Fachnachrichten IDW-HFA IDW Hauptfachausschuß IFuSt Institut "Finanzen und Steuern"

Inf Die Information
JoF The Journal of Finance

Kap. Kapitel

KStG Körperschaftsteuergesetz
KuK Kredit und Kapital
KWG Kreditwesengesetz

Lfg. Lieferung

m.w.N. mit weiteren Nachweisen

Mrd. Milliarden

n. rkr. nicht rechtskräftig

Nds. Niedersachsen

NJW Neue Juristische Wochenschrift

Nr. Nummer Nrn. Nummern

NRW Nordrhein-Westfalen
NSt Neues Steuerrecht
o. Verf. ohne Verfasser

ÖBankA Österreichisches Bankarchiv

OECD Organization for Economic Cooperation and Development

(Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit)

OFD Oberfinanzdirektion

Pr.AlR Preußisches Allgemeines Landrecht

R Rechtsspruch

RechKredV Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute

Rdn. Randnummer RFH Reichsfinanzhof

RFHE Amtliche Entscheidungssammlung des RFH

RIW Recht der Internationalen Wirtschaft

RStBl Reichssteuerblatt
S. Satz, Seite
Sp. Spalte

StbJbSteuerberater-JahrbuchStbKRepSteuerberaterkongreßreportStBpDie Steuerliche BetriebsprüfungStEKSteuererlasse in Karteiform

StRK Steuerrechtsprechung in Karteiform

StuW Steuer und Wirtschaft

 u.
 und

 u.a.
 und andere

 Urt.
 Urteil

 v.
 von, vom

VAG Versicherungsaufsichtsgesetz

vgl. vergleiche v.H. vom Hundert

VStR Vermögensteuerrichtlinien

WG Wechselgesetz

WPg Die Wirtschaftsprüfung

ZdDN Zeitschrift des Deutschen Notarvereins ZfB Zeitschrift für Betriebswirtschaft

ZfbF Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfhF Zeitschrift für handelsrechtliche Forschung
ZfgK Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

Ziff. Ziffer

Einleitung

Die Position der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände nimmt einen bedeutenden Anteil an der Bilanzsumme der Unternehmungen ein. Nach einer Aufstellung des Statistischen Bundesamts machte die Position in den Bilanzen von großen Aktiengesellschaften 1991 im Gesamtdurchschnitt etwa ein Viertel der jeweiligen Bilanzsumme aus (26,63 %); nach Branchen unterteilt ergab sich eine Bandbreite zwischen 15 % und 40 %.

	Anteil an der Bilanzsumme in %
Produzierendes Gewerbe	27,81
Handel	38,28
Nachrichten und Verkehr	15,76
Dienstleistungsunternehmen	15,23

Bei den Kreditinstituten liegt die Quote der Forderungen, bedingt durch die Natur des Geschäftsbetriebs deutlich höher. Aufgrund der verschiedenartigen Geschäftsfelder der einzelnen Institutsgruppen ist gleichwohl eine erhebliche Schwankungsbreite zu verzeichnen. Der Anteil der Kredite an Nichtbanken liegt im Durchschnitt über 60 % des Geschäftsvolumens und übersteigt bei den Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten den Anteil von drei Vierteln; lediglich bei den genossenschaftlichen Zentralbanken und den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben liegt die Quote unterhalb von 50 % des Geschäftsvolumens.² Die Summe aller Kredite der Kreditinstitute an Nichtbanken (inländische Unternehmen, Privatpersonen, inländische öffentliche Haushalte, ausländische Nichtbanken) belief sich im Jahr 1993 auf DM 4.089 Mrd.³ Die Zunahme des Kreditvolumens an den Nichtbankensektor verlief

¹ Vgl. Statistisches Jahrbuch Ziff. 7.8. S. 144 f.

² Vgl. Statistisches Jahrbuch Ziff. 14.4. S. 366 f.

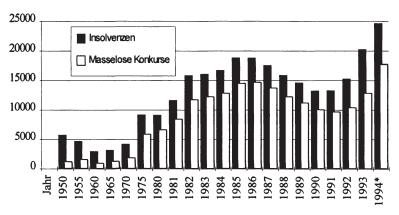
³ Vgl. Statistisches Jahrbuch Ziff. 14.4. S. 366.

¹⁹⁸⁹ 1988 1990 1991 1992 1993 Zunahme der Kredite an 6,04 Nichtbanken in % 6,10 16,67 9.64 10.80 10.63 Zunahme des Geschäftsvolumens in % 6,28 7.36 22,60 6,29 6,77 10,85

damit im Jahr 1993 wieder parallel zu der Zunahme des Geschäftsvolumens der Kreditinstitute, nachdem in den beiden Vorjahren dieser Sektor deutlich stärker als das Geschäftsvolumen gewachsen war.

	Anteil am Geschäftsvolumen in %
Kreditbanken	64,59
Girozentralen	53,37
Sparkassen	67,45
Genossenschaftliche Zentralbanken	31,40
Kreditgenossenschaften	68,38
Hypothekenbanken und öffentlich- rechtliche Grundkreditanstalten	76,62
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	47,53
Durchschnitt aller Kreditinstitute	61,99

Entwicklung der Insolvenzen



* geschätzt⁴

⁴ Statistisches Bundesamt "Insolvenzverfahren nach Rechtsformen, Alter der Unternehmen und Forderungsgrößenklassen Januar bis September 1994, Früheres Bundesgebiet und Neue Länder und Berlin-Ost". Die Schätzung für das Jahr 1994 beruht auf der Anzahl der Insolvenzverfahren in den ersten drei Quartalen des Jahres 1994. Danach war in der früheren Bundesrepublik ein Anstieg der Insolvenzen um 16,8 % zu verzeichnen. Im Beitrittsgebiet lag der Anstieg bei 84 %. Bei den Insolvenzen der Unternehmen und der freien Berufe ist in diesem Zeitraum ein Anstieg von 19,3 % (frühere Bundesrepublik) bzw. 72,4 % festzustellen.

Einleitung 21

Bei der Anzahl der Insolvenzen und damit auch der Forderungsausfälle war seit 1980 ein kräftiger Anstieg mit einem Höchststand im Jahr 1985 zu verzeichnen. In der jüngeren Vergangenheit zeigten die Insolvenzen ein kontinuierlich rückläufiges Bild. Der Stand vor den 80er Jahren wurde jedoch nicht wieder erreicht.⁵ Die Phase etwa ab Mitte des vorigen Jahrzehnts war durch einen langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung geprägt, der sich positiv in der Anzahl der Insolvenzen niederschlug. Im Jahr 1993 nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr jedoch um 1,3 % ab, nachdem 1992 bereits eine Abschwächung auf eine Wachstumsrate von 2,1 % festzustellen war.6 Mit den Zahlen für das erste Halbjahr 1994 zeichnet sich wiederum eine Wende hin zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aus; im Vergleich zur Voriahresperiode stieg der Wert um 2,8 % an. 7 Die Phase der Rezession bedingte eine erhebliche Zunahme der Zahlungsschwierigkeiten. Die Erholungstendenzen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im ersten Halbjahr 1994 haben noch keinen Einfluß auf die Anzahl der Insolvenzen gezeigt. Aus der Erfahrung vergangener Konjunkturzyklen ist mit einer zeitlichen Verzögerung der Insolvenzentwicklung von 2 - 3 Jahren zu rechnen. Hierzu trägt auch bei, daß die Bonitätsverschlechterung des Schuldners nicht unmittelbar zu seiner Insolvenz führt, sondern ein stetiger Prozeß beschrieben wird. Kurzfristig steht daher eine weitere Zunahme der Insolvenzen als Abbild der allgemeinen Konjunktur zu erwarten, bevor eine Stabilisierung des Wachstumskurses positive Effekte zeigen wird. Frühestens für 1996 kann daher eine Besserung erwartet werden.

Erste Anzeichen für die Umkehr des positiven Trends in den 80er Jahren boten bereits die Zahlen der Insolvenzen für die Jahre 1991, 1992. Danach war 1991 nur noch ein leichter Rückgang, 1992 aber wieder ein erheblicher Anstieg der Insolvenzen um fast 15 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. 1993 beschleunigte sich der Anstieg weiter, um sich auf über 32 % mehr als zu ver-

⁵ Vgl. bzgl. der Daten der Graphik auf S. 2: Statistisches Jahrbuch Ziff. 7.13. S. 150 ff.: Statistisches Bundesamt in Wirtschaft und Statistik 1994 S. 534, 535 f.

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt in Wirtschaft und Statistik 1994 S. 12 ff., bezogen auf das frühere Bundesgebiet lag der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 1992 nur bei 1,6 %, der Rückgang in 1993 bei -1,9 %, im Beitrittsgebiet lag das Wachstum bei 9,7 % (1992) und 6,3 % (1993).

⁷ Statistisches Bundesamt in Wirtschaft und Statistik 1994 S. 695, 696. Bezogen auf die frühere Bundesrepublik bedeutet dies einen Anstieg um 2,2 %, während sich in den neuen Ländern ein Wert von 8,9 % ergab. Diese Entwicklung deutete sich bereits im zweiten Halbjahr 1993 an, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr um 1,9 % abnahm, reduzierte sich die Abschwächung im zweiten Halbjahr nur noch auf 0,3 %.